

# Die SPD saß mit am Tisch

10.9.98

Sozialexperte Dreßler formulierte bei Verhandlungen zur Währungsunion Positionen der DDR mit

Von ERIK HANDELER

Berlin - Daß sich die DDR auf eine wirtschaftliche Katastrophe zubewegte, war dem SED-Politbüro schon viele Jahre vor der Wende klar. Bereits 1976 warnten führende Wirtschaftsfunktionäre in einem streng vertraulichen Gutachten die Parteiführung und empfahlen dringend, den Konsum einzuschränken, den Honecker auf Pump im Westen und auf Kosten von Investitionen finanzierte, um der Bevölkerung einen bescheidenen Wohlstand vorzugaukeln. Doch die Parteiführung ignorierte das Gutachten einfach.

Löhne und Sozialausgaben stiegen weiterhin schneller als die Produktion. Schon Ende der siebziger Jahre waren die Schulden im Westen zeitweise doppelt so hoch wie die Exporterlöse.

Der Berliner Politikwissenschaftler Dieter Grosser hat jetzt zum ersten Mal nach vertraulichen Akten der DDR und der Bundesregierung, die ihm zugänglich gemacht wurden, ein präzises Bild des ökonomischen Zusammenbruchs der DDR gezeichnet. Er zeigt in seiner Studie (die jetzt auch im Buchhandel greifbar ist), daß die Währungs- und Wirtschaftsunion der beiden deutschen Staaten rasch und abrupt zustande kommen mußte.

Ohne schnelle Währungsunion wäre die Einheit gescheitert. Die DDR hätte trotz aller Wirtschaftshilfe - unter chaotischen Umständen - nur weiterbestehen können, wenn Westdeutschland eine administrative „Mauer“ errichtet hätte. Grosser zeichnet ein zum Teil völlig neues Bild von den Verhandlungen zur Währungsunion und beschreibt den katastrophalen wirtschaftlichen Zustand der DDR.

## Die DDR war wirtschaftlich am Ende

Im Frühjahr 1988 drohte das Land an den West-Schulden zu ersticken. Da von der Sowjetunion „keine Zukunft für dieses Land DDR“ zu erwarten war, diskutierte der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission, Gerhard Schürer, mit seinem Stellvertreter Stegfried Wenzel und mit Schalck-Golodkowski bereits über die Möglichkeit einer Konföderation mit der Bundesrepublik. Das bedeutet: Lange, bevor das Volk der DDR auf die Straße ging und die Einheit forderte, diskutierten die SED-Wirtschaftsspitzen über die wirtschaftliche Einheit, weil sie wußten, daß die Wirtschaft der DDR sich nicht mehr aus eigener Kraft stabilisieren konnte.

Nach dem Sturz Honeckers stand die DDR vor der Zahlungsunfähigkeit. In einem Gutachten im Auftrag des neuen Generalsekretärs Egon Krenz hieß es: „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“

Daß nach der Maueröffnung im Frühjahr 1990 niemand hungern mußte, obwohl sich das Wirt-

schaftssystem auflöste, lag an den zusätzlichen Konsumgüterimporten, die die Regierung mit Devisenreserven von Schalck-Golodkowski bezahlte.

Vor diesem Hintergrund hat Grosser genau nachgezeichnet, wie sich die politische Entscheidung für eine schnelle Währungsunion entwickelte. Im Bundesfinanzministerium steht der Beauftragte Thilo Sarrazin mit seinem Referat „Nationale Währungsfragen“ plötzlich im Zentrum eines historischen Sturmes. Er schreibt am 21. Dezember 1989 den ersten einer ganzen Reihe von Vermerken, mit denen er die deutsche Einheit beeinflusst. Mit offenen Grenzen werde die DDR jetzt wirtschaftlich zusammenbrechen; illusorisch seien Pläne, die DDR könne sich mit einem Stufenplan aus eigener Kraft an die Bundesrepublik anpassen.

Während Bundesbank, Sachverständigenrat und Ökonomen eben von so einer zeitlichen Stufenlösung ausgehen, stellen Abteilungsleiter Haller und Staatssekretär Köhler die konventionelle Weisheit der Lehrbuchökonomien in Zweifel und unterstützen die Ideen Sarrazins. Auch Bundesfinanzminister Waigel, so Grosser, „weitsichtiger als mancher andere Spitzenpolitiker, rechnet ab Mitte Januar mit der Möglichkeit, die deutsche Einheit viel schneller als bisher angenommen erreichen zu können.“

## Experten drängten auf rasche Währungsunion

Der Bundeskanzler zögert zu nachst. Neben den Vorteilen sieht er auch, daß der Widerstand in Moskau gegen die Einheit zunehmen könnte, er befürchtet drohende Inflation, ein Haushaltsdefizit, und die westdeutschen Stammtische. Er gibt aber grünes Licht, das Sozialist weiter zu verfolgen. Sarrazin, SPD-Mitglied, beschreibt zwei Lösungen. Der Westen errichtet eine Mauer aus Paragraphen, verbietet DDR-Bürgern, im Westen zu arbeiten, unterbindet den freien Umtausch der Mark und erlaubt eine mnerdeutsche Zollgrenze. Oder die DDR führt die Marktwirtschaft rasch ein, stürzt dann aber in einem sich selbst verstärkenden Prozeß aus Abwanderung, Versorgungsschwierigkeiten, hoher Inflation und Vertrauensverlust in die eigene Währung ins Bodenlose ab.

Sarrazin empfiehlt eine schnelle Umstellung an einem Stichtag. „Die hürzermarternde, fast unlösbare Frage, wie in einem planwirtschaftlichen System zügig und ohne zu große soziale Kosten ein funktionierendes Preissystem, Wettbewerb und ein funktionierender Kapitalmarkt verwirklicht werden können, lösen sich in Nichts auf, denn mit dem Tage der Umstellung ist dies alles da.“ Wer das westdeutsche Preisniveau dann überschreitet, verliert Kunden - es kommt nicht zur Inflation. Die typischen Versorgungsmängel gehörten schlagartig der Vergangenheit an. Da die Industrieelöhne nach der Umstellung nur ein Drit-

tel der Westlöhne betragen, rechnete Sarrazin großen Teilen der Industrie sehr gute Chancen aus. Die Risiken, so der Verfasser, seien vorher kaum abzuschätzen. Die Zahl der Konkurse und Arbeitslosigkeit „werden groß, letztlich doch begrenzt sein und ein Übergangsproblem darstellen“. Er hatte die Produktivität der DDR-Industriebetriebe auf 40 Prozent geschätzt - eine Illusion, denn in Wahrheit lag sie eher bei 20 Prozent des Westniveaus.

Eine Gruppe von leitenden Beamten des Bundeskanzleramtes, darunter Ludewig, Prill, Mertes und Nehrung, überzeugen schließlich Helmut Kohl, die Verantwortung für eine schnelle Währungsunion zu übernehmen. Eine Schweiß- und Tränen-Rede habe er damals nicht gehalten, weil er die Opferbereitschaft der Westdeutschen nicht hoch einschätzte, sagte Kohl zu Grosser in einem Interview.

Modrow warnt öffentlich vor der Einführung der D-Mark, obwohl er weiß, daß sie unvermeidlich ist. In den Expertengesprächen zwischen beiden Seiten versucht die Modrow-Regierung, „Festlegungen so zu treffen, daß der Übergang zu einer funktionierenden Marktwirtschaft mindestens verzögert, wenn nicht blockiert wurde“. Interne Konzepte munter der Bundesregierung zu, der DDR die D-Mark zu geben, ohne daß die DDR gleichzeitig konsequent zur Marktwirtschaft übergeht. Die Beamten des Bundesfinanzministeriums zweifeln zunehmend, ob die DDR-Regierung dazu überhaupt in der Lage ist. Das Konzept einer „sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft“ der SED-Wirtschaftsministerin Christa Luft bleibt im Kern sozialistisch.

Die erste frei gewählte DDR-Regierung de Maizière hält sich im wesentlichen an Modrows Verhandlungsposition - was kein Wunder ist, nachdem die Akteure in den Ministerien dieselben geblieben waren. Walter Siebert, hoher SED/PDS-Funktionär und Staatssekretär des DDR-Finanzministeriums, war einer der wichtigsten Berater Modrows und de Maizières bei den Verhandlungen zur Währungsunion. Was bisher nur durch Gerüchte bekannt war, kann Grosser nun durch die Akten belegen: Die West-SPD, die in der Bundesrepublik beklagte, sie würden nicht mitambezogen, beriet die Ost-SPD, die in der Regierung de Maizières saß. Rudolf Dreßler, Sozialexperte der SPD-Bundestagsfraktion, arbeitete mit den Ost-Sozialdemokraten die Koalitionspapiere aus, deren Forderungen die DDR in den Verhandlungen zur Währungsunion weitgehend durchsetzen konnte. Waigel wäre sicher sehr irritiert gewesen, hätte er am 14. Mai 1990 gewußt, daß sich der DDR-Finanzminister Romberg (SPD) bei Gesprächen über die Lage des DDR-Haushaltes an eine Linie hielt, die er am Tag zuvor mit der SPD-Fraktionsführung in Bonn abgesprochen hatte.

Zu über neunzig Prozent aber stimmten in den Verhandlungen zur Währungsunion beide Seiten von Anfang an überein. In strittigen Punkten - Umtauschkurs, Vermögensfragen - konnte sich die DDR weitgehend durchsetzen. Private Investoren sollten lediglich ein Erbpachtrecht an Grund und Boden bekommen, mit der man bei Banken keine Hypotheken aufnehmen kann. Aus Zeitdruck gab der Westen nach. Bei der Unterzeichnung des Vertrages nahm die Bundesregierung damit sogar hin, daß eine wesentliche Voraussetzung, der freie Verkehr von Grund und Boden, nicht gesichert war.

Die Volkskammer hob diese Bestimmung später selber auf. „Von einem ‚Diktat Bonns‘ konnte allenfalls sprechen, wer auch weiterhin eine selbständige DDR wollte“, urteilt Grosser.

## Zweistaatlichkeit hatte keine Chance

Kam die Währungsunion zu früh? Grosser meint: Wäre die DDR länger selbständig geblieben, die Versorgungsprobleme des Frühjahrs 1990 wären eine Bagatelle im Vergleich zu dem gewesen, was der DDR noch bevorstand. Hätte Nie hätten die DDR-Betriebe ihre Produktivität in drei oder fünf Jahren verdreifacht, um eine Währungsunion ökonomisch vertretbar zu machen. Ohne die Wirtschaftseinheit hätte es kaum Direktinvestitionen gegeben.

Westdeutschland leistete ab 1991 jährlich über 100 Milliarden Mark öffentliche Transfers - eine Bundesregierung hätte einer eigenständigen DDR nur 15 bis 20 Milliarden Mark Wirtschaftshilfe gewähren können. Nur nach staatlicher Einheit, unter dem Zwang, auf Wähler im Osten Rücksicht zu nehmen, waren spürbare Belastungen der Westdeutschen überhaupt denkbar. Heute gäbe es ein deutschsprachiges Tschechien hinter der Elbe, mit gerade mal 115 Prozent des Sozialproduktes von 1989.

Zwar geschah nach der Währungsunion am 1. Juli 1990, was Skeptiker vorausgesagt hatten: Die Produktion stürzte ab, die Löhne näherten sich rasch dem Westniveau, die Arbeitslosigkeit explodierte, der Westen mußte hohe Transfers aufbringen. Das Konzept von Oskar Lafontaine war da nur konsequent. Zweistaatlichkeit, Mauer aus Paragraphen, um die Zuwanderung zu stoppen, Finanzhilfen ohne Bedingungen, um das Konzept moralisch vertretbar erscheinen zu lassen, zugleich begrenzt auf den Umfang, den die westdeutschen Wähler akzeptieren, weil nicht spüren würden Ergebnis: „Desillusionierung der Ostdeutschen wegen der Zurückweisung durch den Westen, Desillusionierung der Westdeutschen wegen der offensichtlich enormen Schwierigkeiten der Ostdeutschen, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, eine zunehmende Skepsis.“ Damit hätten die Deutschen auf die Einheit verzichtet.